

Ortsbeirat Kleinlinden

Geschäftsstelle Ortsbeiräte
Auskunft erteilt: Frau Benz
Berliner Platz 1, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1075
Telefax: 0641 306-
E-Mail: ortsbeiraete@giessen.de

Datum: 29.12.2011

Niederschrift

der 7. Sitzung des Ortsbeirates Kleinlinden
am Mittwoch, dem 23.11.2011,
im Bürgerhaus Kleinlinden, Gruppenraum 2 und 3, Zum Weiher 33,
35398 Gießen-Kleinlinden.
Sitzungsdauer: 20:00 – 22:05 Uhr

Teilnehmer/-innen:

Herr Norbert Herlein	SPD	Ortsvorsteher
Frau Ingrid Kaminski	SPD	
Herrn Helmut Volkmann	SPD	
Frau Christiane Janetzky-Klein	Bündnis 90/Die Grünen	Stellv. Ortsvorsteherin
Herr Prof. Dr. Frieder Lutz	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Anja-Verena Helmchen	CDU	
Herr Winfried Wagenbach	CDU	
Herr Dr. Klaus Dieter Greilich	FDP	

Vom Magistrat:

Frau Gerda Weigel-Greilich	Bürgermeisterin
----------------------------	-----------------

Von der Verwaltung:

Herr Pausch	Dez. II, Stabstelle Stadtentwicklung
Herr Hedrich	Straßenverkehrsbehörde

Entschuldigt:

Frau Dr. Eva Catsichtis	Bündnis 90/Die Grünen
-------------------------	-----------------------

Für die Geschäftsstelle der Ortsbeiräte:

Frau Simone Benz	Schriftführerin
------------------	-----------------

Ortsvorsteher Herlein eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass der Ortsbeirat beschlussfähig ist. Gegen die Form und Frist der Einladung werden keine Einwände erhoben.

Er bittet, einen Dringlichkeitsantrag mit folgendem Inhalt in die Tagesordnung der heutigen Sitzung aufzunehmen: „**Beschlussfassung über Antragsrecht der Ortsbeiräte in der Stadtverordnetenversammlung**“, Antrag des Ortsvorstehers vom 20.11.2011. Die Mitglieder des Ortsbeirates sprechen sich einstimmig dafür aus, den Antrag heute zu behandeln.

Der Antrag wird als TOP 14 NEU in die Tagesordnung aufgenommen. Die Tagesordnung ist somit in der ergänzten Form beschlossen.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Beschlussfassung über die Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift über die 6. Sitzung des Ortsbeirates am 26.10.2011
4. Bürgerfragestunde
5. Ergebniskontrolle der Anträge aus den letzten Sitzungen
6. Mitteilungen und Anfragen
7. Bebauungsplan Nr. G 11 „Margaretenhütte“ 1. Änderung und Erweiterung;
hier: Einleitung des Bebauungsplanverfahrens STV/0338/2011
8. Treppe zur Brandwegbrücke;
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 03.11.2011- OBR/0547/2011
9. Entlastung des Schwerlastverkehr im Ortskern;
- Antrag der FDP-Fraktion vom 13.11.2011 - OBR/0549/2011
10. Minimierung der Unfallgefahr im Kreuzungsbereich Brandwegbrücke;
- Antrag der FDP-Fraktion vom 13.11.2011 - OBR/0550/2011

- | | | |
|-----|---|---------------|
| 11. | Bushaltestelle Kleinlinden - Lützellindener Straße „Brüder-Grimm-Schule“;
- Antrag der SPD-Fraktion vom 13.11.2011 - | OBR/0551/2011 |
| 12. | Straßenreinigung - Laubentfernung;
- Antrag der SPD-Fraktion vom 13.11.2011 - | OBR/0552/2011 |
| 13. | Stellungnahme des Magistrats zur geplanten Solaranlage;
- Antrag des Ortsvorstehers vom 13.11.2011 - | OBR/0553/2011 |
| 14. | Antragsrecht der Ortsbeiräte in der
Stadtverordnetenversammlung
- Antrag des Ortsvorstehers vom 20.11.2011 - | |
| 15. | Verschiedenes | |

Abwicklung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung und Begrüßung

Wurde bereits zu Beginn der Sitzung abgehandelt.

2. Beschlussfassung über die Tagesordnung

Wurde bereits zu Beginn der Sitzung abgehandelt.

3. Genehmigung der Niederschrift über die 6. Sitzung des Ortsbeirates am 26.10.2011

Prof. Dr. Lutz bittet auf Seite 12 der vg. Niederschrift um folgende Änderung:

„Prof. Dr. Lutz, Bündnis 90/Die Grünen, möchte zukünftig den Blickpunkt wieder verstärkt **auf das Verhalten der Kleinlindener Bürger** zu richten. ...“

Die Niederschrift wird in der geänderten Form einstimmig genehmigt.

4. Bürgerfragestunde

- **Verkehrssituation in der Lützellindener Straße (vor der Brüder-Grimm-Schule)**

Herr Tröse, Anwohner in der Lützellindener Straße macht zum wiederholten Male auf die seiner Meinung nach katastrophale Verkehrssituation im Bereich der Brüder-Grimm-Schule aufmerksam. Um seine Eindrücke zu belegen, hat er verschiedene Fotos aufgenommen, die er den Ortsbeiratsmitgliedern zu Ansicht überlässt. Die Fotos sind der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herr Tröse richtet die Aufforderung an den Magistrat schnellstmöglichst etwas zu unternehmen um die Verkehrssituation dort zu entschärfen, da es seiner Meinung nach nur noch eine Frage der Zeit sei, bis es zu einem Unfall mit schlimmen Folgen für einen der Schüler komme.

Frau Renate Klein spricht sich dafür aus, die Buslinienführung im Bereich der Lützellindener Straße zu ändern. Ihrer Meinung nach solle die Linie 11 nicht mehr durch die Lützellindener Straße führen. Weiterhin bemängelt sie, dass die Schüler der Brüder-Grimm-Schule die Straße queren müssen um zur Bushaltestelle zu gelangen. Sie fragt ob es machbar sei, Ein- und Ausstieg auf Seite der Schule zu ermöglichen.

Frau Klein erkundigt sich nach der Zuständigkeit für das Räumen des Schulhofes bei Schneefall. Da der Kindergarten keine eigene Zufahrt habe, werde der Weg über den Schulhof genutzt um die Kinder in den Kindergarten zu bringen.

Frau Hannelore Heikenwälder spricht die gleichen Themen an, wie bereits Frau Klein vor ihr.

Herr Hedrich, Straßenverkehrsbehörde, sagt zu, dass zukünftig verstärkt zu Schulbeginn Kontrollen im Bereich der Brüder-Grimm-Schule durchgeführt werden.

- **Radverkehr in der Katzbach entgegen der Fahrtrichtung**

Herr Gerhard Böck, Anwohner in der Hermann-Rausch-Straße, spricht sich ausdrücklich gegen die Öffnung der Einbahnstraße Katzenbach für den Radverkehr gegen die Fahrtrichtung aus. Dies sei an dieser Stelle viel zu gefährlich. Er habe bereits Einspruch eingelegt. Dieser wurde allerdings abgelehnt.

Frau Hinterlang, ebenfalls Anwohnerin in der Herman-Rausch-Straße stimmt Herrn Böck zu.

Herr Hedrich, Mitarbeiter der Straßenverkehrsbehörde, legt dar, im Regelfall

sei eine Einbahnstraße entgegen der Fahrtrichtung für den Radverkehr zu öffnen. Dafür gebe es klare Bestimmungen. Man könne hier ggf. prüfen ob ein Halteverbot die Situation entschärfe.

• **Öffnung der Straße „Heide“ für den Durchgangsverkehr**

Ortsvorsteher Herlein gibt bekannt, dass der Ortsbeirat erreicht habe, dass die Straße „Heide“ für den Durchgangsverkehr geöffnet werde.

5. Ergebniskontrolle der Anträge aus den letzten Sitzungen

Ortsvorsteher Herlein teilt mit, dass folgende Stellungnahmen des Magistrats vorliegen.

Betreuungskapazität für Hortkinder in Kleinlinden, Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen von 11.07.2011, OBR/0297/2011;

Parksituation Weigelstraße; Mitteilung einer Bürgerin in der 5. Sitzung des Ortsbeirates am 28.09.2011, Top 5;

Aufhebung Radverkehr in Gegenrichtung Einbahnstraße Katzenbach, Antrag der FDP-Fraktion vom 18.09.2011, OBR/0379/2011;

6. Mitteilungen und Anfragen

Es liegt nichts vor.

7. Bebauungsplan Nr. G 11 „Margaretenhütte“ 1. Änderung und Erweiterung; STV/0338/2011
hier: Einleitung des Bebauungsplanverfahrens
(Vorlage liegt bereits vor, wurde in der 5. Sitzung des Ortsbeirates zurückgestellt)

Antrag:

- „1. Für den in der Anlage 1 dargestellten Plangeltungsbereich wird gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) die Einleitung des Verfahrens zur 1. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. G 11 „Margaretenhütte“ beschlossen.
2. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.
3. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB sowie der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB i.V.m. § 4a BauGB ist durchzuführen.“

Ortsvorsteher Herlein äußert zum wiederholten Male sein Befremden über die Vorgehensweise des Magistrats in dieser Angelegenheit. In der Beratungsfolge sei vorgesehen gewesen, dass der Ortsbeirat vor Beschluss durch die Stadtverordnetenversammlung die Vorlage zu Kenntnis nehme. Da kein Vertreter des hauptamtlichen Magistrats oder des Fachamtes anwesend war und die Mitglieder des Ortsbeirates nicht entsprechend informiert werden konnte habe man die Vorlage zurückgestellt. Die Stadtverordnetenversammlung habe darauf hin, obwohl die Kenntnisnahme durch den Ortsbeirat nicht erfolgt sei, die Vorlage beschlossen. Er halte diese Verfahrensweise für nicht zulässig.

Bürgermeisterin Weigel-Greilich betont, das es sich bei dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung lediglich um den Beschluss der Offenlegung des Bebauungsplanes handele. Der Bebauungsplan selbst sei noch nicht beschlossen. Der Ortsbeirat habe auch jetzt noch die Möglichkeit eine Stellungnahme zum Bebauungsplanverfahren abzugeben.

Herr Dr. Greilich erkundigt sich, ob mit der Änderung des Bebauungsplanes Verstöße gegen den alten Bebauungsplan geheilt werden sollen. (Stichwort Klärwerk).

Bürgermeisterin Weigel-Greilich führt aus, der Bau des Klärwerkes wurde aufgrund eines Bauantrages rechtmäßig genehmigt. Mit der Änderung des Bebauungsplanes solle verhindert werden, dass sich in diesem Bereich Einzelhandel ansiedele.

Auf Nachfrage von **Ortsvorsteher Herlein** erklärt **Bürgermeisterin Weigel-Greilich**, dass der Bau eines Schlachthofes sowohl nach dem alten als auch nach dem geänderten Bebauungsplan möglich sei.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen.

8. **Treppe zur Brandwegbrücke;
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom
03.11.2011**

OBR/0547/2011

Antrag:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, ob die Treppe vom Hegweg zur Brandwegbrücke von der Stadt aus repariert werden kann.

Begründung:

Wir wissen, dass die Rampe zur Brandwegbrücke (Flurstück 961) im Besitz der Deutschen Bahn ist und nur die Brücke der Stadt Gießen gehört. An der Treppe in der Rampe ist aus einer Stufe ein etwa 30x30 cm großes Stück herausgebrochen,

wahrscheinlich durch Alterungsprozesse bedingt.

Infolgedessen ist die erforderliche Sicherheit für Fußgänger nicht mehr vorhanden, und das nicht nur in Zeiten, für die das Schild, „Bei Eis und Schnee Betreten auf eigene Gefahr“ zutrifft. Mit einer einfachen Sperrung ist und Kleinlindenern nicht gedient. Uns ist klar, dass eine Vor-Auslage der Kosten seitens der Stadt mit Problemen behaftet ist, die Reparaturkosten für eine Stufe dürften jedoch gering sein.

Prof. Dr. Frieder Lutz verliest Antragstext und Begründung.

Bürgermeisterin Weigel Greilich erklärt, der Auftrag für die Erneuerung der Zufahrt zur Brandwegbrücke sei bereits vergeben. Sie lasse prüfen, ob es möglich sei, im Rahmen dieser Maßnahme, die beschädigte Stufe ebenfalls zu reparieren.

Beratungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

**9. Entlastung des Schwerlastverkehr im Ortskern;
Antrag der FDP-Fraktion vom 13.11.2011**

OBR/0549/2011

Antrag:

Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten zu prüfen, welche Maßnahmen dazu geeignet sind, den Schwerlastverkehr aus dem Kleinlindener Ortskern aus Richtung der Lützellindener Straße und Katzenbach fernzuhalten.

Begründung:

Immer wieder kommt es im Ortskern Kleinlindens im Kreuzungsbereich Zum Maiplatz/ Katzenbach an der Kirche zu gefährlichen Verkehrssituationen dadurch, dass ortsunkundige Lkw – Fahrer den unsinnigen Anweisungen ihres Navigationsgerätes folgen und mit ihren Fahrzeugen nicht mehr um die Kurve kommen.

Der Magistrat wird deshalb gebeten zu prüfen, welche Maßnahmen dazu geeignet sind den außerdem den Straßenbelag vor der Kirche schädigenden Schwerlastverkehr aus diesem Bereich fernzuhalten.

Denkbar erscheinen zu diesem Zweck z.B. Hinweisschilder zur Lenkung des Lkw-Verkehrs im Bereich der Kreuzung Allendörfer Straße/ Lützellindener Straße um die Lützellindener Straße herum sowie eine Sperrung der Lützellindener Straße in diesem Bereich für Fahrzeuge über 7,5 t.

Durch diese Maßnahmen würde zusätzlich eine Verbesserung der Sicherheitssituation für die Schülerinnen und Schüler der Brüder–Grimm–Schule erreicht.

Herr Dr. Greilich verliest den Antragstext und die Begründung.

Herr Hedrich gibt zu Bedenken, dass sich ein von seinem Navigationsgerät fehlgeleiteter LKW-Fahrer, auch nicht von einem „Anlieger frei“-Schild davon abhalten lasse, in die Straße einzufahren.

Beratungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

**10. Minimierung der Unfallgefahr im Kreuzungsbereich Brandwegbrücke;
Antrag der FDP-Fraktion vom 13.11.2011** **OBR/0550/2011**

Antrag:

Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten dafür Sorge zu tragen, die Unfallgefahr im Kreuzungsbereich Brandwegbrücke zu minimieren.

Begründung:

Dieser Antrag war im September 2006 in ähnlicher Form auf Antrag der CDU – Fraktion bereits vom damaligen Ortsbeirat Kleinlinden bereits einstimmig beschlossen worden.

Der Magistrat hatte in seiner Antwort vom 6. November 2006 mitgeteilt, dass aus Sicht der Straßenverkehrsbehörde keine Unfallgefahren bestehen.

Daraufhin hat der Ortsbeirat im Dezember 2006 (OBR 0640/2006) mit Hinweis auf Gefährdung insbesondere von Kindern auf dem als Radroute ausgewiesenen asphaltierten Weg vom Bergwerkswald durch zum Betriebswerk der DB fahrende Taxifahrer beantragt, an dieser Kreuzung eine eindeutige Beschilderung mit STOP – Schild für die Autofahrer und Vorrang der Radroute zu veranlassen.

Leider ist auch dieser Antrag ignoriert worden.

Kürzlich ist nun – wie fast zu erwarten - ein vom Bergwerkswald auf der Radroute herabfahrendes Kind durch ein von der Frankfurter Straße kommendes Mietfahrzeug erfasst und dadurch so schwer verletzt worden, dass es in Vollnarkose operiert werden musste und mehrere Tage im Krankenhaus stationär behandelt werden musste. Aus diesem Grund und um noch schlimmere Unfälle in der Zukunft zu verhindern, erfolgt dieser Antrag jetzt erneut mit der dringenden Bitte an den Magistrat endlich die Unfallgefahr im Kreuzungsbereich Brandwegbrücke zu minimieren.

Herr Dr. Greilich verliest den Antragstext und begründet den Antrag.

Herr Hedrich vertritt die Auffassung, dass es schwierig sei an dieser Stelle eine geeignete Lösung zu finden. Man könne zwar dem Radverkehr Vorfahrt einräumen, er halte es aber für fraglich, ob der Autoverkehr dies auch tatsächlich erkenne und entsprechend beachte. Er sagt eine ausführliche Prüfung der Angelegenheit zu.

Beratungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

11. Bushaltestelle Kleinlinden - Lützellindener Straße „Brüder-Grimm-Schule“; OBR/0551/2011
Antrag der SPD-Fraktion vom 13.11.2011

Antrag:

Der Ortsbeirat Kleinlinden bittet den Magistrat der Stadt Gießen um Vermittlung bei den Stadtwerken bezüglich dieser Bushaltestelle. Diese „problematische“ Stelle müsste – soweit es noch keine bessere Regelung für diese Haltestelle gibt - öfters kontrolliert und gereinigt werden.

Begründung:

Wer nach Kleinlinden über die Lützellindener Straßen herein/rausfährt ist mit dieser ständig verdreckten Busstation konfrontiert. Stadtverwaltung, Schule und Stadtwerke sollten hier eng zusammenarbeiten!

Herr Volkmann verliest Antragstext und Begründung.

Beratungsergebnis: Ohne Diskussion einstimmig beschlossen.

12. Straßenreinigung - Laubentfernung; OBR/0552/2011
Antrag der SPD-Fraktion vom 13.11.2011

Antrag:

Der Magistrat der Stadt Gießen wird um Beantwortung der nachfolgenden Fragen gebeten:

1. In welchem Rhythmus wird an öffentlichen Straßen und Plätzen im Herbst das Herbstlaub entfernt?
2. Wer ist für die Reinigung der nachstehenden Bereiche verantwortlich?
 - Kleinlindener Straßen mit Bäumen: Friedhofsweg, Hügelstraße, Hermann-Löns-Straße, Katzenbach/Weigelstraße, Waldweide etc.

Begründung:

Es kommen zur Zeit verstärkt Klagen von den Anwohnern aus diesen Straßen!

Herr Volkmann verliest den Antragstext.

Beratungsergebnis: Ohne Diskussion einstimmig beschlossen.

**13. Stellungnahme des Magistrats zur geplanten Solaranlage; OBR/0553/2011
Antrag des Ortsvorstehers vom 13.11.2011**

Antrag:

Der Ortsbeirat Kleinlinden bittet den Magistrat der Stadt Gießen um eine Erläuterung, warum die Stellungnahme des Ortsbeirates vom 20. Juni 2011 zur Veränderung der Bauleitplanung des Solarpark Linden (siehe nachstehend nach der Begründung) nicht in die Stellungnahme des Stadtplanungsamtes zur geplanten Solaranlage „Bebauungsplan Solarpark Linden im Bereich „Auf dem Bruch“ eingeflossen ist.

Angeichts der Tatsache, dass mit den Verantwortlichen in der Stadt Gießen abgesprochen war, dass in diese Stellungnahme des Stadtplanungsamtes die von Seiten des Ortsbeirates erarbeiteten Bedenken und Anregungen zur Veränderung der Bauleitplanung mit einbezogen werden sollten, erwartet der Ortsbeirat insbesondere Auskunft darüber,

- wer für diese Nichtbeachtung der dargelegten Bedenken und Anregungen des Ortsbeirates Kleinlinden zur Veränderung der Bauleitplanung der Solaranlage an der Grenze zu Kleinlinden – Bebauungsplan Solarpark Linden im Bereich „Auf dem Bruch“ in der Stellungnahme des Stadtplanungsamtes verantwortlich zeichnet
- und welche Konsequenzen daraus gezogen werden.

Begründung:

Am 20. Juni 2011 hatte Herr Ortsvorsteher Herlein im Auftrag aller Fraktionen im Ortsbeirat Kleinlinden an das Stadtplanungsamt und in Durchschrift an Herrn Stadtrat Rausch, Frau Bürgermeisterin Weigel-Greulich und Frau Oberbürgermeisterin die Stellungnahme des Ortsbeirates zu der geplanten Solaranlage versandt.

In diesem Schreiben bitten die Fraktionen im Ortsbeirat die Stadt Gießen, im Rahmen ihrer Mitwirkung bei der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (1) BauGB um Einbringung der von den Fraktionen im Ortsbeirat Kleinlinden im Rahmen dieses Schreiben dargelegten Bedenken und Anregungen zur Veränderung der Bauleitplanung der Solaranlage an der Grenze zu Kleinlinden – Bebauungsplan Solarpark Linden im Bereich „Auf dem Bruch“.

Mit der Information des Stadtplanungsamtes über die in der Stadt Linden eingebrachte Stellungnahme des Stadtplanungsamtes zur geplanten Solaranlage „Bebauungsplan Solarpark Linden im Bereich „Auf dem Bruch“ vom 20.06.2011 und die Auswertung der Stellungnahmen durch die Stadt Linden wird deutlich, dass - trotz Absprache mit dem Stadtplanungsamt und Beteiligung der Mitarbeiter des Stadtplanungsamtes in der Sondersitzung des Ortsbeirates am 14.06.2011 - in der Stellungnahme des Stadtplanungsamtes die dargelegten Bedenken und Anregungen des Ortsbeirates zur Veränderung der Bauleitplanung der Solaranlage an der Grenze zu Kleinlinden nicht aufgenommen wurden.

Frau Janetzky-Klein übernimmt den Vorsitz.

Herr Herlein verliest den Antragstext und Begründung.

Herr Dr. Greilich unterstützt ausdrücklich die Ausführungen von Herrn Herlein.

Herr Pausch erklärt zum Verfahren, die Stellungnahme des Ortsbeirates sei am 21.06.2011 vom Stadtplanungsamt (über das Planungsbüro Fischer) an die Stadt Linden versandt worden.

Diese Stellungnahme sei denn erst am 30.06.2011 beim Planungsbüro Fischer eingegangen. Der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Linden sei bereits am 28.06.2011 gefasst worden.

Frau Helmchen äußert ihr Befremden über diesen Vorgang und erkundigt sich, ob in solchen Fällen nicht die Zustellung per Einschreiben erfolge.

Beratungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

14. Antragsrecht der Ortsbeiräte in der Stadtverordnetenversammlung - Antrag des Ortsvorstehers vom 20.11.2011 -

Antrag:

Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten, bei der kommenden Änderung der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung dafür Sorge zu tragen, dass ein Antragsrecht der Ortsbeiräte – für alle die Ortsbeiräte betreffenden Angelegenheiten – in der Stadtverordnetenversammlung aufgenommen wird.

Begründung:

Nach vorliegenden Informationen planen die Regierungsparteien in der Stadt Gießen die Verankerung des Antragsrechtes für den Ausländerbeirat in der Stadtverordnetenversammlung. Dieses soll analog gemäß der Beschlussfassung des Kreistages des Landkreises Gießen erfolgen.

Der Ortsbeirat Kleinlinden begrüßt ein Antragsrecht für den Ausländerbeirat in der Stadtverordnetenversammlung, hält es zugleich aber für unabdingbar, dass die Ortsbeiräte in der Stadt Gießen, die ca. 20 000 Bürgerinnen und Bürger repräsentieren, ein analoges Antragsrecht in der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Gießen erhalten.

Herr Dr. Greilich erklärt, der Ortsbeirat dürfe in keinem Fall schlechter gestellt werden als der Ausländerbeirat.

Da seine Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung gegen den Antrag auf Antragsrecht für den Ausländerbeirat stimmen werde, enthalte er sich heute der Stimme.

Frau Helmchen erklärt, die CDU-Fraktion werde sich aus dem gleichen Grund der Stimmt enthalten.

An der weiteren Aussprache beteiligen sich die Ortsbeiratsmitglieder Prof. Dr. Lutz, Kaminski, Herlein und Bürgermeisterin Weigel-Greilich.

Beratungsergebnis: Einstimmig beschlossen
Ja: SPD/GR; StE: CDU/FDP

Herr Herlein übernimmt wieder den Vorsitz.

15. Verschiedenes

- **Frau Janetzky-Klein** erkundigt sich, ob den Mitgliedern des Ortsbeirates die Präsentation zum Lärmentwicklungsplan noch zur Verfügung gestellt wird.

Herr Pausch sagt zu, die Präsentation über die Geschäftsstelle der Ortsbeiräte den Ortsbeiratsmitgliedern zukommen zu lassen.

- **Prof. Dr. Lutz** wirft die Frage auf, ob die Möglichkeit bestehe von Seiten des Ortsbeirates den Schulleiter der Brüder-Grimm-Schule einzuladen und mit ihm die Problematik an der Bushaltestelle vor der Schule zu erörtern. Er halte es außerdem für sinnvoll, einen Vertreter der Stadt zu diesem Gespräch dazu zu bitten.

Ortsvorsteher Herlein erklärt, er lade die Schulleiterin der Brüder-Grimm-Schule gerne zu einer der nächsten Ortsbeiratssitzungen ein. Er mache allerdings darauf aufmerksam, dass die Stadt keinerlei Weisungsbefugnisse gegenüber der Schulleiterin habe und die Schulleiterin selbst nur begrenzt Einfluss auf das Verhalten der Schüler an der Bushaltestelle nehmen könne, da sich die Bushaltestelle außerhalb des Schulgeländes befinde.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt Ortsvorsteher Herlein die Sitzung mit dem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

Die nächste Sitzung des Ortsbeirates findet am Mittwoch, 11.01.2012, 20:00 Uhr, statt. Antragschluss bei der Geschäftsstelle ist Montag, 02.01.2012, 8:00 Uhr.

DER VORSITZENDE:

(gez.) Herlein

DIE SCHRIFTFÜHRERIN:

(gez.) Benz